



Die Demokratie als Achillesferse der Europäisierung

Zur nationalistischen Transformation Europas

Maurizio Bach

1 Nationalismus versus Supranationalismus

Standen in Europa zwischen den späten 1980er- und den frühen 2010er-Jahren in erster Linie Probleme der Institutionenbildung und -reformen im Fokus der öffentlichen Debatten, so hat sich dieser Fokus im vergangenen Jahrzehnt immer mehr hin zu Konflikten um kollektive Selbstbilder und Identitäten verschoben. Für die Institutionenpolitik des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts steht beispielhaft der mit Zielstrebigkeit und Optimismus vorangetriebene Auf- und Ausbau der Europäischen Union. Für die identitätspolitische Wende dagegen sind der nationalistische Populismus, das Referendum des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der Europäischen Union (Brexit) sowie die in großen Teilen der Bevölkerung verbreiteten Ängste vor einem vermeintlichen Verlust der kulturellen Identität infolge von Zuwanderung und ethnischem Wandel symptomatisch. Nationalistische Identitätspolitik tritt zunehmend wieder an die Stelle von Institutionenpolitik.

Hierin spiegelt sich eine neue und einschneidende Transformation Europas, die den politischen Raum und die institutionelle Gestalt des Kontinents grundlegend verändern wird. Paradoxe Weise ist in diesem Zusammenhang von einer Art Revanche der Gesellschaft auszugehen: Mittels der Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie erobern wachsende Teile der Wählerschaften die durch höherstufige übernationale Integrationsprozesse verlorengegangene Souveränität des nationalen Kollektivs zurück. Diese Problematik erinnert an die Analyse Karl Polanyis (1978). In *The Great Transformation* beschreibt Polanyi eindringlich die Zerstörung der Gesellschaft als Folge einer Verselbstständigung und Hypostasierung des freien Marktes im Zuge der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert in England (ebd., S. 200). Damit einher ging eine Verwandlung von Potenzen genuin gesellschaftlicher Natur – so in erster Linie die menschliche Arbeitskraft – und natürlicher Gegebenheiten – vor allem Grund und Boden – in

„fiktive Waren“ (ebd., S. 183). Diese menschlichen und natürlichen Lebenskräfte wurden dadurch zu „Faktoren“ eines selbstregulierenden Marktgeschehens. In der Philosophie des klassischen Liberalismus, welche der Selbstregulierung des Marktes eine weit größere Integrationsfähigkeit als den politischen und ethischen Institutionen der Gesellschaft zuschreibt, fand jene historische Transformation ihre wirkmächtigste Legitimationstheorie. Die „Wiedereingliederung der Gesellschaft in die menschliche Welt“, so eine weitere beachtenswerte These von Polanyi, wurde in Reaktion darauf zu einem Grundmotiv von entsprechenden Gegenbewegungen, die sowohl in den verschiedenen, auf wirtschaftlichen Protektionismus und Interventionismus abzielenden Strömungen des Sozialismus wie des Faschismus als auch des extremen Nationalismus ihren politischen Ausdruck fanden (ebd., S. 176). Auf vergleichbare Weise, wenngleich freilich unter veränderten Rahmenbedingungen, treten heute vor allem in den populistischen Bewegungen und Parteien wieder mächtige gesellschaftliche und politische Tiefenströmungen offen zutage, die auf eine Wiederaneignung und Reaktivierung der ökonomischen, politischen und vor allem auch symbolischen Ressourcen der Gesellschaft, ihres Zusammenhalts und ihrer emotionalen Bindungen gerichtet sind. Wie Polanyi ebenfalls schon richtig erkannt hatte, hingen die Sozialgesetzgebung, die Fabrikgesetze, die Arbeitslosenversicherung und vor allem die Gewerkschaften eng mit der Gewährung des demokratischen Wahlrechts für die Arbeitermassen auf dem europäischen Kontinent zusammen. Hierin ist nicht zuletzt der entscheidende Beitrag der Arbeiterklasse zum Prozess der Staats- und Nationsbildung zu sehen (ebd., S. 240 f.). In Verbindung mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates bildet die Massendemokratie das wichtigste Fundament für die kollektive Identifikation gerade der sozial benachteiligten Klassen mit dem Nationalstaat. Über den Wahlkanal nehmen diese Klassen Einfluss auf die politische Agenda der Regierungen, soweit deren Repräsentanten¹ nicht sogar selbst die Regierung zu stellen vermögen. Es ist letztendlich primär der nationale Wohlfahrtsstaat, der ein relativ hohes Maß an sozialer Sicherheit gewährleistet, und zwar ebenfalls gemäß den über die Wahlen erlangten Machtanteilen der sozial gefährdeten Schichten und der „Versorgungsklassen“ (Lepsius 1990a, S. 126 ff.). Somit erweisen sich die Institutionen und Verfahren der parlamentarischen Demokratie als entscheidende Mechanismen zur Hervorbringung und Festigung eines kollektiven Wir-Bildes. Dieses kann seinerseits prinzipiell sowohl auf einer mehr essenzialistischen, mithin ethnisch-kulturfetischistisch eingefärbten, oder

1 Im Folgenden werden zwecks der besseren Lesbarkeit anstelle der weiblichen und männlichen Berufs- bzw. Akteursbezeichnungen nur die männlichen Formen verwendet, wobei das weibliche Geschlecht bzw. alle Geschlechter eingeschlossen sind.

auch auf einer mehr formalrechtlich-institutionellen Auslegung des Prinzips der Volkssouveränität beruhen (Anderson 1983).

2 Nationale Demokratie gegen europäische De-Nationalisierung

Damit offenbart die moderne Demokratie ihre eigentümliche Zwiespältigkeit, die auf zwei unterschiedlichen Bezugsebenen für die Doktrin der Volkssouveränität beruht: „Ethnos“ versus „Demos“, um hier die begriffliche Unterscheidung von Emerich K. Francis und M. Rainer Lepsius aufzugreifen. „Ethnos“ bezieht sich demzufolge auf ein ethnisch-organisches Verständnis von Demokratie, das ein kulturell homogenes und territorial definiertes „Volk“ als unmittelbaren Träger der politischen Souveränität bestimmt. „Demos“ verweist demgegenüber auf ein durch Bürgerrechte formal und institutionell definiertes Kollektivsubjekt als Träger der staatlichen Souveränität. Der entscheidende soziologische Gedanke dabei ist nun der, dass sich je nach den wirksamen Kriterien für das „souveräne Kollektiv“ die innergesellschaftliche Konfliktodynamik unterschiedlich entwickeln wird. Während „[j]ede Gleichsetzung des ‚Demos‘ [...] mit einem spezifischen ‚Ethnos‘ [...] im Ergebnis zu einer Unterdrückung oder Zwangsassimilation von anderen ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozio-ökonomischen Bevölkerungsteilen innerhalb eines politischen Verbandes“ führt (Lepsius 1990b, S. 249), besitzt eine durch Verfassung und Bürgerrechte konstituierte „Staatsbürgernation“ größere innergesellschaftliche Pazifizierungschancen, weil sie sich prinzipiell indifferent gegenüber ethnischen und kulturellen Differenzen zeigt. Weist der ethnisch-organische Nationalismus deutlich konfliktverschärfende Tendenzen auf, so stellt das staatsbürgerliche Selbstverständnis von Nationalstaaten eher darauf ab, gesellschaftliche Wert- und Interessenkonflikte stärker durch formal-institutionelle Regelwerke zu befrieden und entsprechend sozial inklusiv zu wirken (ebd., S. 249 f.). Das Paradebeispiel dafür war die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung, in der ein „Verfassungspatriotismus“ das Selbstverständnis des Staates dominierte.

In der Ära der supranationalen Institutionenbildung der 1980er- bis 2010er-Jahre war in Europa unter den tonangebenden Eliten die Ansicht verbreitet, durch die Realisierung der politischen und gesellschaftlichen Einheit Europas ließen sich das in der bestehenden nationalstaatlichen Struktur Europas gleichsam eingefrorene ethnisch-nationalistische Vermächtnis und das damit verbundene latente Aggressionspotenzial abmildern, wenn nicht sogar nachhaltig neutralisieren. Die entsprechende, gezielt auf De-Nationalisierung setzende Pazifizierungsstrategie

gründete im Kern auf einem Programm zur Errichtung neuartiger trans- und supranationaler Kooperations- und Entscheidungsarenen. Deren Mechanismen wurden in den entsprechenden völkerrechtlichen Verträgen paktiert und kodifiziert, womit gleichzeitig die supranationalen politisch-administrativen Organe wie die Brüsseler Kommission oder der Europäische Gerichtshof geschaffen wurden (Bach 2018; Vobruba 2018, S. 51). Der zielstrebige Abbau der zwischenstaatlichen Grenzen, die Liberalisierung der binneneuropäischen Märkte und die dynamische Erweiterung des Mitgliederkreises sind integrale Elemente der De-Nationalisierungsstrategie. Die Aussicht auf allgemeine Wohlstandssteigerung und die Hoffnung auf zunehmenden sozialen Zusammenhalt in Europa durch eine allmähliche Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse und eine parallele Verfestigung der europäischen Identität in der Bevölkerung bildeten die entsprechenden Legitimationsfiguren. Die kooperative Institutionenverflechtung, die grenzüberschreitende Öffnung der territorialen und gesellschaftlichen Räume sowie die Vervielfältigung und Verdichtung von horizontalen, transgesellschaftlichen Austauschprozessen (etwa für Experten, Studierende, Touristen etc.) entwickelten sich unter diesen Voraussetzungen zu den leitenden Optionen des integrierten Europas. Sie ermöglichten etwas gerade vor dem Hintergrund der wechselvollen Konfliktgeschichte der europäischen Staaten und Nationen höchst Unwahrscheinliches und Singuläres: eine relativ spannungsarme Koexistenz verschiedener territorialer Kollektive, mithin ein Arrangement von sich weitgehend gütlich gegenüberstehenden multiplen Identitäten. Das entspricht weitgehend dem Idealbild des kosmopolitischen Liberalismus und findet sich dementsprechend auch in dessen programmatischer Entgrenzungs- und Diversitätspolitik wider (Beck und Grande 2004; Reckwitz 2017, S. 374 ff.; dazu kritisch: Mouffe 2007).

Die letzten drei Jahrzehnte vor dem Ausbruch der globalen Banken- und Finanzmarktkrise von 2007/08, die sich zur Euro- und Staatsschuldenkrise hochschaukelte, mit dem Höhepunkt der Griechenlandkrise 2015, können deshalb in diesem Sinne als eine außergewöhnliche Blütezeit der politisch-institutionellen Europäisierung bezeichnet werden. Die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit der Europäischen Union schien die supranationale Pazifizierungsstrategie durch De-Nationalisierung weitgehend zu bestätigen. Die Ideologie des Nationalismus schien in Europa endgültig diskreditiert, ethnisch-nationalistische Kriege gab es nur noch außerhalb der Europäischen Union, insbesondere auf dem Balkan infolge des Zerfalls Jugoslawiens. *Innerhalb* der Europäischen Union spielten in dieser Zeit ethnische und nationale Fragen in der öffentlichen Meinung indes keine nennenswerte Rolle. Die Staatsgrenzen wurden weithin nur noch als Relikte eines überwundenen, auf territorialer Geschlossenheit sowie kultureller Homogenität basierenden Gesellschaftsmodells angesehen. Innerhalb der einzelnen Nationen

koexistierten mehrere Schichten von kollektiven Identitäten, nationale wie europäische, regionale wie ethnische. Die früheren Rivalitäten und Konflikte zwischen verschiedenen politisch-territorialen Vergemeinschaftungen sowie Verbänden schienen im politischen System der Europäischen Union aufgehoben, durch bewusstes Institutionendesign beherrschbar und damit weitgehend entschärft zu sein. Die Utopie einer „immer engeren Union der Völker Europas“ (Vertrag von Lissabon über die Änderung des Vertrags über die Europäische Union in der Fassung von 2007, Präambel) schien zum Greifen nahe, was einen moralisch unanfechtbaren Integrationsoptimismus großer Teile der politischen Eliten nährte und so gut wie jeden Schritt zu einer weiteren Vertiefung der Integration zu rechtfertigen vermochte.

3 Zur Beharrungskraft des nationalen Habitus

Ob sich multiple Identitäten nun aber gütlich oder antagonistisch gegenüberstehen, ist, wie gerade die historischen Erfahrungen immer wieder gezeigt haben, von „spezifischen Verkettungen von Ereignissen, Politiken und Trends abhängig“ (Rokkan 2000, S. 210). Die Erfahrungen der Weltkriege, die Sühne für den Holocaust, der Kampf gegen den Niedergang Europas als Wirtschafts- und Kulturmacht im globalen Maßstab sowie die institutionelle Eigendynamik der europäischen Integration waren einer vorübergehenden Befriedung der Konflikte um kollektive Identitäten in Europa zweifellos förderlich. Daraus eine *Prädestination* Europas für De-Nationalisierung abzuleiten (Vobruba 2018, S. 52), hieße allerdings, die inneren Widersprüche und Ambiguitäten der seit Jahrzehnten vonstattengehenden transnationalen Integrationsprozesse auf der höheren Aggregationsstufe der kontinentalen und globalen Ebene auszublenden (Stråth und Wagner 2017).

Zu diesen Widersprüchen gehört die Tatsache, dass sich die Nationalstaaten als politische Vergesellschaftungen und Institutionenordnungen keineswegs, wie dies in der Idealvorstellung der europäischen Einheit sowie im Subtext der europäischen Verträge mitschwingt, auflösen werden, sondern im Gegenteil tagtäglich ein beachtliches Maß an Resilienz unter Beweis stellen. Die große Beharrungskraft der mit der nationalstaatlichen Integrationsstufe verbundenen Institutionen, Legitimationsmuster, Symbole und Wir-Bilder ist in erster Linie auf die lange und konfliktreiche Geschichte der Staats- und Nationsbildung in Europa zurückzuführen. In deren Verlauf haben sich gesellschaftliche Strukturen und kollektive Einstellungsmuster verfestigt. Das reicht bekanntlich bis in die Epoche der Konfessionskriege im 16. und 17. Jahrhundert, der Achsenzeit der europäischen Neuzeit und der „protestantischen Nationalisierung der Kultur eines Territoriums“ zurück (Rokkan 2000, S. 281).

Ihren vorläufigen historischen Höhepunkt erlebte diese Kultur in der Phase der nationalen Einigungsbewegungen im 19. Jahrhundert. Damit wurde sie zugleich zu einem integralen Element der europäischen Modernisierung und Rationalisierung.

Ihre eigenartige Beharrungskraft ist indes nicht nur in den staatlichen Institutionen, sondern vor allem auch, wie Norbert Elias immer wieder betonte (Elias 1992, 2001, insb. S. 207 ff.), tief im „sozialen Habitus“ und damit in der Persönlichkeitsstruktur der Individuen der nationalen Gesellschaften verankert. Jahrhundertalte Auseinandersetzungen um territoriale Herrschaftsansprüche zwischen Regenten und Souveränen, Zentren und Peripherien, um Machtanteile ehemals exkludierter und unterdrückter sozialer Klassen und Gruppen (Bürgertum, Industriearbeiterschaft, Frauen etc.) sowie um die kulturelle Selbstbehauptung religiöser, ethnischer und nationaler Gemeinschaften haben innerhalb des Integrationstypus des Nationalstaats gesellschaftliche Gebilde hervorgebracht, in denen jene historischen Spannungen und Spaltungen gleichsam eingefroren, mithin als fragile Spannungsbalancen neutralisiert und zugleich in ihrer Konfliktpotenzialität aufbewahrt wurden. Mit anderen Worten: Die geo-ethnischen, -ökonomischen sowie -politischen Erfahrungen Europas kristallisierten sich in den politischen und sozialen Institutionen der Nationalstaaten. Eine Auflösung der Nationalstaaten ließe aller Wahrscheinlichkeit nach die alten Konfliktlinien wieder virulent werden.

Die tatsächlichen Chancen und Grenzen der europäischen Integration werden vielleicht verständlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass das supranationale System nicht auf der grünen Wiese errichtet wurde, sondern auf historisch vorgeprägten Fundamenten mit zahlreichen „archäologischen“ Schichten. In diesen findet sich das Raumschicksal jedes einzelnen Volkes, Staates und jeder Nation in seinen vielfältigen, durch Migration, Eroberung, Besetzung, Zentralisierung und Pazifizierung bestimmten historischen Transformationen gleichsam eingeschrieben. Man könnte den europäischen Raum der Nationalstaaten daher auch mit einem mehrschichtigen Palimpsest vergleichen, wobei die wechselvolle Geschichte der Territorialsysteme mit ihrer differenzierten Dialektik von Grenzbefestigung und Grenzöffnung, Schrumpfung und Expansion, externer Schließung und interner Institutionenbildung immer wieder umgeschrieben wird (Rokkan 2000; Elias 1992; Eisenstadt 2000). Mit anderen Worten, jede neue Transformation des politischen Systems in Europa erfolgt nicht auf einer *tabula rasa*, sondern ist mit dem komplexen Erbe der *longue durée* beschwert.

Zu den am tiefsten in der Territorialstruktur Europas eingelassenen, für Sakralisierung, Mythenbildungen und Pathos höchst anfälligen und am nachhaltigsten auch von Massenemotionen durchdrungenen Erbschaften dieser Art gehören neben den terrestrischen Staatsgrenzen, den ausdifferenzierten Standardsprachen und den nationalen Symbolen vor allem die sich wechselseitig verstärkenden kulturellen

Identitäten sowie das System der repräsentativen Demokratie. Hinzu kommt, dass die Formierung von territorialen oder nationalen Identitäten, die als kulturelle Gemeinsamkeitsvorstellungen die Mitgliedschaft in einem Staatsverband begleiten, ein relativ belastbares kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl sowie intensive Solidaritätsempfindungen evoziert hat. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat dieser Prozess darüber hinaus einen neuen Menschentypus hervorgebracht, den *homo nationalis*. Alles das ereignete sich unvorhergesehen und ungeplant. Es manifestierte sich zu meist als Folgeerscheinung von zwischenstaatlichen Ausscheidungskämpfen und innergesellschaftlichen Krisen und Kriegen (Halperin 2004; Sträth und Wagner 2017). Unter allen sonstigen kollektiven Selbstbildern zeichnet sich der „Nationalcharakter“ durch eine Reihe von Besonderheiten aus, wozu gehören: der Raumbezug, besonders die überlokale „Großräumigkeit“; zweipolige, zugleich durch Mitgliedschafts- und geographische Kriterien definierte kollektive Zugehörigkeiten; eine ausgeprägte Kulturbezogenheit mit der „Sprache als Fokus der Identität“ (Rokkan 2000, S. 210); eine – potenziell aggressive – kulturell-moralische Selbstüberhebungs- und Monopolisierungstendenz sowie eine nachhaltige Gefühlsbindung. Diese Merkmale finden ihren Ankerpunkt vor allem an den gemeinsamen Symbolen, wie etwa dem Namen der Nation, der Nationalflagge und -hymne, der Aura der Regierungsämter, dem nationalen Sport usw. (Elias 1992, S. 161 ff.).

Die nationale Identität wird durch entsprechende soziale Praktiken und die mediale Massenkommunikation tagtäglich reproduziert. Das nationalistische Credo, dessen Ausdrucksformen von zivilem, verantwortungsethisch grundiertem Nationalbewusstsein bis hin zu extremem, aggressiv fremdenfeindlichem Chauvinismus reicht, ist daher in modernen Gesellschaften weit verbreitet. Es stellt geradezu ein integrales, *selbstverständliches* und daher unhinterfragtes Element der Lebenswelt dar, wie der britische Nationalismusforscher Michael Billig (1995) anhand reicher empirischer Belege aus zahlreichen Ländern und Regionen dargelegt hat. Als nationalistisch eingefärbtes „Wir-Bild“, als „Nationalcharakter“ ist der partikulare Alltagsnationalismus im Sinne von Billig sogar zu einem prägenden Moment der individuellen Persönlichkeitsstruktur der meisten Gesellschaftsmitglieder in der Moderne geworden (dazu auch Elias 2001, S. 240 ff.). Namentlich in nationalen Krisensituationen, bei internationalen Konflikten oder in Wirtschaftskrisen zeigt das nationale Über-Ich der einzelnen Gesellschaftsmitglieder in der Regel seine ungebrochene Wirksamkeit als oppressiver Kontroll- und Sanktionsmechanismus. Große Teile des Empfindungs-, Glaubens-, Werte- und Verhaltenskanons des modernen Individuums sind daher national durchdrungen. Es ist also keineswegs übertrieben, wenn Billig zu der Einschätzung gelangt, dass der „nationalism has seeped into the corners of our consciousness“ (Billig 1995, S. 12; siehe auch Elias 1992, S. 456 ff.) – hinzuzufügen wäre: sogar in das Unbewusste und das Gewissen der Individuen.

Folgt man dieser Argumentation, dann liegt auf der Hand, dass der Nationalismus als soziale Praxis, Ideologie und identitätsstiftendes Moment von Massen weder ein flüchtiges noch ein pathologisches Phänomen darstellt. Im Gegenteil: es ist Fleisch vom Fleische der Moderne. Es steht auch jenseits der schematischen Unterscheidungen von „regressiv“ und „progressiv“, „rational“ und „irrational“ oder „modern“ und „anachronistisch“. Um noch einmal Elias zu zitieren: „In latenter oder manifester Form ist es eines der mächtigsten, wenn nicht *das* mächtigste soziale Glaubenssystem des 19. und 20. Jahrhunderts“ (Elias 1992, S. 194). Mehr noch: Vieles spricht dafür, dass die dem nationalen Habitus zugrundeliegenden Muster des kollektiven Denkens, Fühlens und Handelns über eine außerordentliche Persistenz verfügen und daher über längere Zeit in der Latenz verharren können, um sich unter bestimmten Bedingungen – Krisen sind dafür typisch – in der öffentlichen Debatte zurückzumelden sowie in einer entsprechenden politischen Massenmobilisierung zu manifestieren.

4 Konfliktpotenziale multipler Integrationsstufen

Nicht ignoriert werden kann also, dass auch unter den Bedingungen einer rapide zunehmenden Integration von Staaten im europäischen und globalen Maßstab, wie sie für unsere Zeit prägend geworden ist, der Nationalismus seine gesellschaftliche Integrationskraft und politische Virulenz keineswegs verloren hat. Die Persistenz des Nationalismus hat Norbert Elias veranlasst, von einem „Nachhinkeffekt“ zu sprechen. Dabei handele es sich „um ein Habitusproblem eigentümlicher Art“, und er führt weiter aus: „Bei der Untersuchung gesellschaftlicher Entwicklungsvorgänge begegnet man immer wieder von neuem einer Konstellation, wo die Dynamik ungeplanter sozialer Prozesse über eine nächste Stufe hinaus in Richtung auf eine andere, ob eine nächsthöhere oder niedrigere, Stufe vorstößt, während die von dieser Veränderung betroffenen Menschen in ihrer Persönlichkeitsstruktur, in ihrem sozialen Habitus auf einer früheren Stufe verharren“ (Elias 2001, S. 281). Eine solche Kollision asymmetrischer Modernisierungsniveaus im „Sozialcharakter“ einer Nation bleibt freilich in der Regel nicht folgenlos, sondern ist oft die Ursache von mehr oder weniger massiven sozialen und politischen Konflikten (Vobruba 2018, S. 53 f.). Diese entzündeten sich typischerweise an Widerständen gegen Veränderungen, Anpassungszumutungen, Machtverlust oder Wohlstandseinbußen, die mit dem Übergang zur höherstufigen Integration einhergehen (Bauman 2005).

Unter diesem Blickwinkel betrachtet, machen sich die populistischen und neo-nationalistischen Bewegungen und Parteien aktuell zu Wortführern einer

faktisch existierenden gesellschaftlichen Strömung, die im nationalstaatlichen Korpus Europas tiefe Wurzeln hat. Genese, Aufstieg, Provokations- und Destabilisierungspotenzial dieser „neuen“ Bewegungen lassen sich somit nicht allein auf gegenwärtige Interessengegensätze wirtschaftlicher oder statusbezogener Natur zurückführen. Es geht dabei vielmehr um grundsätzliche Fragen der Integration moderner Gesellschaften, ihrer inneren Widersprüche sowie um die Langzeitwirkungen des nationalen Habitus, mithin der durch die Staatsbildungsprozesse im Laufe von Jahrhunderten hervorgebrachten gesellschaftlichen und institutionellen Kristallisationen von kollektiven Glaubens-, Empfindungs- und Verhaltenskanons.

Zu den basalen Erkenntnissen der Soziologie gehört, dass besonders in gesellschaftlichen Transformations- und Krisenphasen, die häufig von allgemeiner Unsicherheit und geglaubten oder tatsächlichen Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts geprägt sind, auch bei Teilen der in Politik und Gesellschaft tonangebenden Mittel- und Oberschichten diffuse ethnisch-organische Gemeinschaftsbilder mit fremdenfeindlichen Untertönen verfangen (Zick et al. 2019). Solche Vorurteilmuster sind häufig nicht nur momentane, durch politische Ausnahmesituationen wie etwa die Flüchtlingskrise im Herbst 2015 erzeugte Stimmungsbilder. Vielmehr spiegeln sie häufig auf einer tieferen Ebene emotionale Reaktionen auf den drohenden Macht- und Statusverlust des eigenen sozialen Milieus wider (Nachtwey 2016; Mau 2012; Schimank et al. 2014; dazu auch Nachtwey und Heumann in diesem Band). Immer wieder geht eine solche Tendenz Hand in Hand mit einer zum Teil scharfen Exklusions- und Stigmatisierungsrhetorik im Verhältnis zu generalisierten „Anderen“, den innergesellschaftlich Fremden, Juden, Ausländern, Flüchtlingen oder sonst irgendwie sozial Benachteiligten (Horkheimer und Adorno 1969; Elias 1990; Bauman 2005, 2016). Nicht zufällig gewinnt in solchen Momenten eine aggressive Identitätspolitik tendenziell Oberwasser gegenüber einer eher pazifizierenden Institutionenpolitik. Multiple territoriale Identitäten prallen dann unweigerlich wieder stärker antagonistisch aufeinander. Konflikte um territoriale Zugehörigkeiten sowie um Grenzen von politischen Räumen (vor allem Staatsgrenzen) sowie Kulturen werden dann leicht explosiv.

5 Politisierung gesellschaftlicher Ressentiments

Die aktuelle Transformation der Gesellschaften Europas, die mit der großen Krise (Preunkert und Vobruba 2015) und dem Wiederaufleben von nationalen und ethnischen Konflikten zusammenfällt, kann aber nicht allein auf die Furcht der Mittelschichten vor Abwärtsmobilität (Nachtwey 2016) oder auf kollektive

Bedrohungsgefühle von ortsgebundenen einheimischen Bevölkerungen angesichts einer multiethnischen Zuwanderung (Eatwell und Goodwin 2018) zurückgeführt werden. Es ist auch nicht ausreichend, auf die „symbolischen Distinktionskämpfe“ der Mittelschichteliten zu verweisen, die ihre angestammten Statuspositionen und den Wert ihrer Kompetenzen und Ressourcen durch Transnationalisierungsprozesse entwertet sehen oder dies glauben, wie etwa Klaus Kraemer (2018) bourdieuanisch argumentiert. Das sind zweifellos ernstzunehmende Faktoren; die entsprechenden Erklärungsansätze vernachlässigen jedoch oft eine entscheidende Dimension: die politisch-institutionelle. Denn erst durch die Übersetzung der Effekte des gesellschaftlichen Strukturwandels in die Logik der Politik, mithin in die politisch-institutionellen Kanäle der Meinungsbildung und Entscheidung, gewinnt der skizzierte Strukturwandel eine politische Qualität. So bedürfen auch die vermeintlich irrationalen Empfindungslagen von abstiegsbedrohten Mittelschichten oder frustrierten „Abgehängten“ und sozial Benachteiligten stets einer politischen Transmission, mithin einer Artikulation und Organisierung durch politische Bewegungen und deren Sprecher, um eine breitere gesellschaftliche Wirksamkeit zu entfalten. Sie wirken nicht als solche und unvermittelt als politisch relevante Einflussgrößen. Deshalb stellt der Wahlkanal in der Demokratie nach wie vor eines der wichtigsten Instrumente der Politisierung der Massen dar, auch wenn sowohl der Informationsgrad als auch die Interessengebundenheit und damit die Rationalität der Wähler meist weit überschätzt wird (Luhmann 1969, S. 155 ff.; Hirschman 1984; Sartori 1987, S. 113 ff.).

In diesem Zusammenhang kommt der schleichenden Auflösung der Nation einerseits und der faktischen Entmachtung des Demos im Zuge der Europäisierung andererseits eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Der Integrationsoptimismus der Vorkrisenepoche überdeckte lange Zeit die der europäischen Einigung immanenten Risiken einer Aushöhlung des demokratischen Modus. Erst im Verlauf der Euro- und Staatsschuldenkrise der 2010er-Jahre wurde auch für eine breitere Öffentlichkeit offensichtlich, dass essenzielle nationale Wirtschafts- und Fiskalinteressen im europäischen Verband in Mitleidenschaft gezogen werden, mit fatalen Folgen für große Teile der Bevölkerung (Bach 2019). Die Europäische Union sah sich weitgehend unvorbereitet mit territorialen, teilweise direkt auf das EU-Krisenmanagement (Europäischer Stabilitätsmechanismus, Austeritätspolitik) zurückzuführenden Ungleichheits- und Verteilungskonflikten konfrontiert. Diese ließen sich zudem nicht mehr nach den in der Europäischen Union üblichen institutionellen Kompromiss- und politischen Tauschmechanismen bearbeiten und lösen. Zudem mündeten sie in einer sich bald schon verfestigenden tiefen Kluft zwischen nordeuropäischem Zentrum und südlicher Peripherie (Heidenreich 2014; Bach 2018; dazu auch Urban sowie Dörre in diesem Band). Auch wenn sich in der

Euro- und Staatsschuldenkrise eine europäische Öffentlichkeit formiert hat, die in größerem Maßstab als zuvor auch spezifisch europäisch konnotierte Themen und sozio-ökonomische Verteilungsprobleme aufgreift, so führte dieser Prozess doch nicht zu einer nennenswerten Stärkung der europäischen Identität und Solidaritätsbereitschaft der Unionsbürger. Vielmehr hob er erstmals die Paradoxie der tiefen sozio-ökonomischen Spaltungsstrukturen ins Bewusstsein der Bürger Europas (Trenz 2018). Dadurch wurde das programmatische Konvergenz- und Kohäsionsversprechen des europäischen Projekts faktisch dementiert.

Hinzu kommt in großen Teilen der Bevölkerung vieler EU-Mitgliedstaaten eine unerwartete Rückbesinnung nicht nur auf die nationalen sozio-ökonomischen Interessenlagen, sondern eben auch auf den besonderen Eigenwert der Nation und damit auf den Nationalstolz, mithin auf Dispositionen, die lange Zeit durch die allgemeine Europa-Euphorie verdunkelt worden waren. Vor allem in den am meisten von den sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen betroffenen Staaten – den Staaten der südlichen Peripherie – wird die Krise nicht zuletzt als eine Krise der eigenen Nation und als nationale Demütigung gedeutet und erlebt. Der nationale Habitus besitzt nicht nur die erwähnte große Beharrlichkeit und Widerstandskraft, was Elias in dem von ihm beschriebenen Phänomen des „Nachhinkeffekts“ prägnant zum Ausdruck gebracht hat. Der nationale Habitus erweist sich darüber hinaus auch als höchst empfindsam gegenüber Machtverlust, Niederlagen, moralischer Herabsetzung und Entzauberung des eigenen Staates, wofür es zahlreiche Beispiele in der Geschichte gibt.

Die nationalistische Ideologie – hier verstanden als jener Alltagsnationalismus, von dem weiter oben die Rede war – hat stets ein „idealisiertes Bild der eigenen Nation [im] Zentrum ihres Selbstbildes, ihrer sozialen Glaubensdoktrinen und ihrer Werteskala“ (Elias 1992, S. 175). Der Patriotismus gehört zu jenen unteilbaren, inkommensurablen Gütern, die keinem Tauschhandel zugänglich sind, deren Wert allein im Sinnbezug der Ideale und Projektionen liegt und insofern letztlich keinen Preis kennen.

An dieser Stelle kommt nun erneut die strukturelle Ambivalenz der Demokratie ins Spiel: Es gehört zu den meist vernachlässigten, aber höchst risikoreichen Aspekten der Demokratie, dass sie nicht nur den Nationalismus voraussetzt, sondern ihn auch unter bestimmten Bedingungen verstärken kann – sogar bis zum Umschlag in antidemokratische Regimeformen. „Democratic politics is founded on the institutions of nationhood“ (Billig 1995, S. 11), und der Alltagsnationalismus gehört damit zu jenen gesellschaftlichen Voraussetzungen des modernen demokratischen Staates, die er zwar im Sinne des Böckenförde-Diktums nicht selbst garantieren, auf dessen Existenz er aber geradezu existenziell angewiesen ist. Die moderne Massendemokratie stellt so gesehen das institutionelle Pendant zum

sozialen Nachhinkeffekt des Nationalismus auf der Habitusebene dar. Sie ermöglicht es den Wählerschaften, gesellschaftlichen Protest – etwa gegen die Eliten als solche, gegen soziale Benachteiligung, eine weitere Vertiefung der europäischen Integration, die vermeintliche Auflösung der Nationen und dergleichen – über den Wahlkanal effektiv zu artikulieren. Als entscheidend erweist sich dabei, dass die Wählerschaften im Wesentlichen territorial definiert sind und deren Identitäten als „souveräne Kollektive“ differenzielle Grenzkontrollen voraussetzen, auch in der Ära der Europäisierung und Transnationalisierung (Rokkan 2000; Bartolini 2005).

Dass die Massendemokratie gerade auch die unterprivilegierten Schichten und Außenseiter des nationalen Demos in das politische System erfolgreich inkorporiert und ihnen mit ihrer Wählerstimme eine Möglichkeit zur Artikulation von Protest an die Hand gegeben hat, lässt sie unter Bedingungen erodierender Lager- und Parteienloyalität, volatiler Wählerbewegungen, verschärfter Ungleichheitskonflikte, gefährdeter nationaler Kohäsion und eines staatlichen Machtverlusts somit zu einem Risikofaktor eigener Art werden. Dann kann auch das Vertrauen in die politischen Institutionen erodieren, wodurch sich der Raum für eine nationalistische Identitätspolitik erweitert. Zugespitzt formuliert: Demokratie und ethnisch-organischer Nationalismus könnten sich auf diese Weise wechselseitig stimulieren und sich damit gegenseitig in die Hände spielen. Die Europäische Union wird dem wohl nach Lage der Dinge wenig entgegensetzen können, und dies nicht nur aufgrund der anhaltenden Entscheidungsschwäche und Vertrauenskrise als Folge der Staatsschulden-, Austeritäts- und Migrationsproblematik. Es gebricht ihr seit jeher an einer demokratischen Eigenlegitimation, was den Legitimationsinput durch die nationalen Demokratien und damit deren Funktionstüchtigkeit unverzichtbar macht (Grimm 2016). Die Verfassung der Europäischen Union steht darüber hinaus auch strukturell aufgrund der Inexistenz eines europäischen Demos und eines entsprechenden Bewusstseins, der starken Exekutive- und Bürokratielastigkeit, der Bürgerferne der supranationalen Institutionen und ihrer Entscheidungsprozesse sowie der Wissensdefizite der Masse der Wähler hinsichtlich internationaler Fragen einer echten Demokratisierung entgegen (Dahl 2006).

Literatur

- Anderson, B. (1983). *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London: Polity.
- Bach, M. (2018). Die institutionelle Dynamik Europas. In M. Bach & B. Höning (Hrsg.), *Euro-pasozio-logie. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 57–68). Baden-Baden: Nomos.
- Bach, M. (2019). Eurokrise und soziale Ungleichheit. In M. Eigmüller & N. Tietze (Hrsg.), *Ungleichheitskonflikte in Europa. Jenseits von Klasse und Nation* (S. 139–150). Wiesbaden: Springer VS.
- Bartolini, S. (2006). *Restructuring Europe. Centre formation, system building, and political structuring between the nation state and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Bauman, Z. (2005). *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Z. (2016). *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin: Suhrkamp.
- Beck, U., & Grande, E. (2004). *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Billig, M. (1995). *Banal nationalism*. London: Sage.
- Dahl, R. A. (2009). Can international organizations be democratic? A sceptic's view. In I. Shapiro (Hrsg.), *Democracy's edges* (S. 19–36). Cambridge: Cambridge University Press.
- Eatwell, R., & Goodwin, M. (2018). *National populism. The revolt against liberal democracy*. London: Penguin.
- Eisenstadt, S. N. (2000). *Die Vielfalt der Moderne*. Weilerswist: Velbrück.
- Elias, N. (1990). *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elias, N. (1992). *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elias, N. (2001). *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Grimm, D. (2016). *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*. München: C. H. Beck.
- Halperin, S. (2004). *War and social change in modern Europe. The great transformation revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heidenreich, M. (Hrsg.). (2016). *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hirschman, A. O. (1984). *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Horkheimer, M., & Adorno, T. W. (1969). *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Kraemer, K. (2018). Sehnsucht nach dem nationalen Container. Zur symbolischen Ökonomie des neuen Nationalismus in Europa. *Leviathan*, 46, 280–302.
- Lepsius, M. R. (1990a). Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. In M. R. Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen* (S. 117–152). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lepsius, M. R. (1990b). „Ethnos“ und „Demos“. Zur Anwendung zweier Kategorien von Emerich Francis auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die Europäische Einigung. In M. R. Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen* (S. 247–255). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1969). *Legitimation durch Verfahren*. Neuwied: Luchterhand.

- Mau, S. (2012). *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2007). *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.* Berlin: Suhrkamp.
- Polanyi, K. (1978) [1944]. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Preunkert, J., & Vobruba, G. (Hrsg.). (2015). *Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise.* Wiesbaden: Springer VS.
- Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne.* Berlin: Suhrkamp.
- Rokkan, S. (2000). *Staat. Nation und Demokratie in Europa.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Sartori, G. (1997). *Demokratietheorie.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schimank, U., Mau, S., & Groh-Samberg, O. (2014). *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten.* Weinheim: Beltz Juventa.
- Sträth, B., & Wagner, P. (2017). *European modernity. A global approach.* London: Bloomsbury.
- Trenz, H.-J. (2018). Öffentlichkeit, europäische. In M. Bach & B. Höning (Hrsg.), *Europasozio-logie. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 359–368). Baden-Baden: Nomos.
- Vobruba, G. (2018). Politischer Raum Europa. In M. Bach & B. Höning (Hrsg.), *Europasozio-logie. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 51–56). Baden-Baden: Nomos.
- Zick, A., Küpper, B., & Berghan, W. (Hrsg.). (2019). *Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland.* Berlin: Dietz.